

Die Nachkriegszeit in Aalen Flüchtlinge/Heimatvertriebene



Im Potsdamer Akommen bestimmten die Siegermächte eine „ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile“ oder anders ausgedrückt: die Vertreibung der Deutschen aus der Sowjetunion, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Landrat des Kreises Aalen Dr. Anton Huber beschreibt rückblickend die schwierige Aufgabe, die 34000 Flüchtlinge und Heimatvertriebenen (bei einer Gesamtbevölkerung von 82000 Menschen) im Landkreis aufzunehmen:

In Wasseralfingen befand sich in Gestalt von zwei großen Barackenlagern das Aufnahme- und Durchgangslager für die Neuankommenden (das Rückenlager und das Nordlager). Wie schon 1945 viele Flüchtlinge aus Ostpreußen und Schlesien, so traf in Wasseralfingen ab 10. März 1946 alle zehn Tage ein Eisenbahnzug mit 1000 bis 1200 Menschen ein, die vorwiegend aus Böhmen, Mähren und Ungarn stammten. Nach jeweils diesen zehn Tagen musste das Lager für den nächsten ankommenden Transport geräumt sein. Als sich dieser Vorgang zehn Mal wiederholt hatte, kam es im Kreistag zu einer ernsten Diskussion über die bedrohlich erscheinende Entwicklung. In einer für die Regierung in Stuttgart und die amerikanische Militärregierung bestimmten Entschlüsse wurde festgestellt, dass die Aufnahmemöglichkeiten erschöpft seien und weitere Zuweisungen unerträgliche Zustände zur Folge hätten. Diese Entschliebung machte in Stuttgart, erst recht bei der amerikanischen Militärregierung, nicht den geringsten Eindruck. Die Transporte gingen unvermindert weiter.

Die Ankömmlinge in Wasseralfingen wurden im Lager verköstigt - hauptsächlich von Angehörigen des Roten Kreuzes registriert, ärztlich betreut und dann in rasch zusammengestellten Gruppen den Gemeinden zugeteilt. In Omnibussen und auf Lastwagen wurden sie an ihren Bestimmungsort befördert, wo sie vom Bürgermeister der Gemeinde in Empfang genommen wurden. Den Leuten ein Dach über den Kopf zu beschaffen, war alsdann die Aufgabe der Gemeinde, genauer gesagt des Bürgermeisters und seiner Mitarbeiter. Das was der ungleich schwierigere Teil der Aufgabe; sie bestand in der Einweisung in Wohnraum, der eigentlich gar nicht zur Verfügung stand. Die Menschen mussten zusammenrücken, und wenn das nicht freiwillig ging, zusammengedrängt werden. [...] Diesen 34000 Menschen musste also in den Wohnungen von 82000 Menschen Platz geschaffen werden mit der Möglichkeit zu kochen, zu waschen usw. [...] Natürlich gab es auch Widerstand. Manche [Einheimische] haben sich gegen die Zumutung, Küche, Waschgelegenheit, WC usw. mit Fremden zu teilen, gesträubt und trotz beharrlichen Zuredens nicht mitgemacht. Sie beriefen sich auf ihr Recht, ihr Haus oder ihre Wohnung allein zu bewohnen. Aber eben dieses Recht war aufgehoben; die Behörden waren nicht nur berechtigt, sondern angehalten, wo immer nötig, Wohnraum zu beschlagnahmen.

Landrat Dr. Anton Huber zitiert nach Schubert, Alois: Alle 10 Tage tausend Menschen mehr... Ankunft, Aufnahme und Eingliederung der Heimatvertriebenen im Kreis Aalen 1945 bis 1955. In: Aalener Jahrbuch 2000, S. 217f.

Zwei Heimatvertriebene aus Kutscherau (Mähren, heute: Tschechische Republik) erinnern sich an die Ankunft im Kreis Aalen:

Im Rückenlager in Wasseralfingen blieben wir 8 Tage, obwohl es auch da sehr bescheiden war, konnten wir uns dennoch etwas erholen. [...] Mit Lastautos wurden wir dann auf die Dörfer im Altkreis Aalen verteilt. Vor dem Rathaus wurden wir in praller Sonne in Zipplingen abgeladen, der Bürgermeister war nicht anwesend. Dort schliefen wir auch die erste Nacht auf unseren Habseligkeiten. Die Einwohner des Dorfes fragten uns, warum wir nicht zu Hause geblieben sind - nun ja, sie wussten ja nichts von dem unendlichen Leid, das uns angetan worden war. Am nächsten Tag kamen wir in die Kochschule, es war ein großer Raum, aber zum Kochen gab es nichts und wir wurden wieder zusammengepfert.

Am Nachmittag brachte der Bürgermeister einen Sack voll Kartoffeln und die Mütter bettelten bei den Bauern um Milch für ihre Kinder. Am Sonntag wurden die drei Kleinsten zur Familie Stempfle zum Essen geholt. Nach drei Tagen wurden die Familien auf die Bauernhäuser verteilt. Wir Jungen arbeiteten wieder bei den Bauern in der Landwirtschaft und es erinnerte uns manchmal sehr an die Zeit, wo wir bei den tschechischen Bauern arbeiten mussten. Wir waren wieder Menschen zweiter Klasse und jeder war bemüht aus diesem Kessel heraus zu kommen. Wir Sprachinsler waren von unserer frühesten Jugend an Arbeit gewöhnt - wir hatten wohl nur einen kleinen Wohnraum, aber wer bei den Bauern zupackte, der bekam auch genügend zum Essen. Die Männer haben auch auf der Straße oder im Wald gearbeitet.

Rudolf und Elisabeth Butschek zitiert nach Aalener Jahrbuch 2000, S. 311.

Die Nachkriegszeit in Aalen

Flüchtlinge/Heimatvertriebene



Kreisstadt Aalen Flüchtlings-Zuweisung

Auf Grund der amtlichen Flüchtlings-Zuweisung muß Aalen 6000 Flüchtlinge unterbringen. Schwere Opfer wurden von der Bevölkerung schon verlangt und gebracht. Die Raumnot kann nur behoben werden durch äußerste Anstrengung. Es muß, wo Möglichkeiten bestehen, gebaut werden. Trotz des Mangels an Baustoffen hat das Ministerium des Innern, Abt. Hochbau, bestimmt, daß zusätzlicher Raum bereitgestellt werden muß. Es kann sich in diesem Falle nur darum handeln, in bestehenden Gebäuden Ein- und Ausbauten vorzunehmen. Die Hausbesitzer werden gebeten, die vorhandenen, nicht ausgebauten Dachräume ausbauen zu lassen bezw. dem Bürgermeisteramt zu melden, wo Einbauten möglich sind. Auch daran ist zu denken, daß bei Gebäulichkeiten, die gute und zuverlässige Fundamente besitzen, Aufstockungen vorgenommen werden. Durch intensive Mitarbeit und Hilfe der Bevölkerung muß es möglich sein, den Flüchtlingen und Wohnungslosen ein Dach zu bieten. Wo verfügbare und entbehrliche Öfen und Herde sich befinden, wo Betten und Haushaltsgeräte ungenützt sind, bitte ich, der Not der Flüchtlinge zu gedenken und diese Gegenstände dem Stadtbauamt zur Abgabe zu melden.

In den Zeiten der Not rufe ich die bewährte Hilfsbereitschaft der Aalener Bevölkerung auf und bitte sie, sich dem Hilferuf im Interesse der Armen nicht zu verschließen. **Der Bürgermeister.**

Kreisstadt Aalen Zuzugsgenehmigungen

Der Städtische Wohnungsausschuß hat in den vergangenen Wochen wiederholt die Wahrnehmung gemacht, daß hiesige Familien Verwandte oder Bekannte von außerhalb nach Aalen kommen lassen und ihnen Unterkunft gewähren, ohne die vorherige Zustimmung des Wohnungsamts bzw. Wohnungsausschusses herbeizuführen. Häufig entspringt dieses Verfahren der Absicht, dadurch die Aufnahme von Ostflüchtlingen zu umgehen.

Der Wohnungsausschuß wird diesem Treiben nicht mehr länger tatenlos zusehen. Die einheimische Bevölkerung wird nachdrücklich gewarnt.

Auf Grund des neuen Wohnungsgesetzes wird in Zukunft in solchen Fällen unerbittlich Anzeige beim Gericht wegen Umgehung der Anordnungen der deutschen Wohnungsbehörden erstattet.

Die widerrechtlich Zuziehenden erhalten in Aalen keine Lebensmittelkarten und werden zwangsweise wieder abgeschoben.

Aalen, den 3. April 1946.

Der Städtische Wohnungsausschuß.

In: 10 Jahre Zeitgeschichte im Spiegel der Presse 1945-1955. Die Nachkriegszeit in Aalen.
Hrsg. von Volkshochschule Aalen, 1995.

Aufgaben:

1. Beschreibe die Lage der Flüchtlinge und die Schwierigkeiten, denen sie und die örtliche Bevölkerung ausgesetzt waren.

Oder:

2. Schreibe einen Dialog, in dem der Bürgermeister von Aalen versucht Flüchtlinge bei Aalenern unterzubringen.

Verwende für beide Aufgaben auch die Audiodatei „Heimatvertriebene“ des Zeitzeugen Erwin Hafner.